



Anna Lysenko
Frauentorstr. 19
99423 Weimar

Soziales Zentrum
„Marie Juchacz“
Soproner Str. 1b
99427 Weimar

Tel.: (03643) 24 99 650
Fax: (03643) 24 99 690

www.awo-mittewest-thueringen.de

Ihre/unsere Nachricht vom:

Durchwahl: 650

E-Mail:

Weimar, 28.10.2025

Auskunftersuchen gem. Art. 15 DSGVO

Sehr geehrte Frau Lysenko,

Sie hatten sich am u.a. 03.10.2025 mit einem Auskunftersuchen an den AWO Regionalverband Mitte-West Thüringen (im Weiteren „AWO“) gewandt und um Auskunft zu Ihrer Person sowie Ihrer Tochter (im Weiteren auch „betroffene Personen“) gemäß Art. 15 DSGVO gebeten.

I Bestätigung der Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir bestätigen hiermit, dass die AWO personenbezogene Daten zu Ihrer Person und Ihrer Tochter Mia Krämer verarbeitet.

II Auskunft über die von der AWO verarbeiteten Daten der betroffenen Person

Im Rahmen des Betreuungsvertrags mit der KITA in der Ihre Tochter betreut wird, verarbeitet die AWO die im Folgenden genannten personenbezogenen Daten von Ihnen und Ihrer Tochter. Angaben die nur zu Ihrer Tochter vorliegen sind mit * gekennzeichnet.

1. Stammdaten (z.B. Name, Geb.datum, Nationalität*, Geschlecht*)
2. Kontaktdaten Angehörige* (z.B. Vor- und Nachnamen, private Anschrift, E-Mailadresse, Telefonnummer)
3. Soziodemografische Daten* (z.B. nicht Alleinerziehend, Muttersprache, Benennung Personensorgeberechtigte, Abholberechtigte)
4. Vertrags- und Leistungsdaten (z.B. Vertragsparteien, Betreuungsvertrag, Umfang der Betreuung, ID, Eintrittsdatum, geplantes Austrittsdatum, Kommune)
5. Medizinische Informationen* (z.B. Name und Anschrift Hausarzt, Kreis zu Benachrichtigender bei Notfall)
6. Abrechnungs- und Verwaltungsdaten (z.B. Leistungsträger, Abrechnungsnachweise, Monatsbeiträge, Betreuungsart, BUT Gutscheinnummer, Elternbeiträge, Essenbeiträge)
7. Zahlungsdaten (z.B. Kontoverbindung, Zahlungen, Mahnun-

Bankverbindungen:

Sparkasse Unstrut-Hainich-Kreis
IBAN: DE76820560600611013592
BIC: HELADEF1MUE

Deutsche Kreditbank
IBAN: DE92 1203 0000 0000 9572 25
BIC: BYLADEM1001

Spendenkonto Sparkasse Mittelthüringen
IBAN: DE62 8205 1000 0301 0177 60
BIC: HELADEF1WEM

Steuernummer: 162 / 141 / 03072
VR-Nr.: 130062 (Amtsgericht Weimar)

Vorstand i.S.d. § 26 BGB:
Frank Albrecht (Vorsitzender)
Heide Broda (stellv. Vorsitzende)

Ausgezeichnet mit:



Privilegierte Partnerschaft:



Mitglied bei:



Unterzeichner:



8. Alle übrigen Informationen, die der AWO mitgeteilt werden (z.B. die Korrespondenz nach dem Vertragsschluss, Unterschriften, Meinungen, Beschwerden)

III Der betroffenen Person gemäß Art. 15 Abs.3 Satz 1 DSGVO zur Verfügung gestellte Kopien personenbezogener Daten, die Gegenstand der Verarbeitung durch die AWO sind.

Sie hatten sich bereits am 9.9.2025 an die KITA gewandt und auf Anfrage folgende Dokumente erhalten

- Betreuungsvertrag
- Einverständniserklärung F03 u.a. Abholberechtigte
- Vollmacht Abholberechtigte ML
- Einverständniserklärung F05 u.a. Bildnisnutzung
- Einverständniserklärung PSB F01 u.a. Sorgerechtsregelungen

Durch Ihren Zugang zur Eltern-App liegen Ihnen gleichfalls jederzeit vor

- Einstufungen für Elternbeitrag
- monatliche Rechnungen Elternbeiträge (Essengeld, Elternbeitrag)
- Betreuungsvertrag
- die Kommunikation der Eltern-App zwischen KITA und Ihnen

Um die vorstehend unter Ziff. II gegebenen Informationen für die betroffenen Person besser nachvollziehbar zu machen, sowie in Erfüllung der Verpflichtung der AWO gemäß Art. 15 Abs.3 Satz 1 DSGVO, stellt die AWO darüberhinaus folgende Kopien zur Verfügung, die diesem Schreiben als Anlagen beiliegen:

- Einstufung des Elternbeitrages 2024
- Einstufung des Elternbeitrages 2025
- Bewilligungsbescheid Jobcenter 2025
- Übernahmebescheid Elternbeiträge Weimar
- Aufnahme F02
- SEPA-Lastschriftmandat 2023
- Absprache Betreuungsmodell
- Einkommensnachweise
- Widerspruch vorläufigen Bewilligungsbescheid Weimar 28.07.2025
- Abforderung Stellungnahmen 01.07.2025
- Bestätigung Unterhaltsverpflichtung Weimar 25.07.2025
- Ihre Aufstellung angebl. geleisteten Betreuungszeiten
- Letzte Aufforderung zur Klärung der Forderung und zur vollständigen Zahlungsübersicht
- Monatsabrechnungen Beiträge aus E-Mailverkehr
- Bescheid Aufhebung Unterhaltsvorschuss Weimar
- Mahnungen Elternbeiträge
- Bescheinigung Vorlage Elterngeld Finanzamt 2023
- Bescheid Unterhaltsvorschuss

IV Zwecke der Datenverarbeitung

Die unter Ziff.II genannten Daten werden von der AWO verarbeitet, zur

1. Planung und Erbringung der vertraglich vereinbarten Betreuungsleistungen
2. Abrechnung mit zuständigen Kostenträgern

3. Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen, einschließlich Nachweis- und Aufbewahrungspflichten oder Datenaustausch mit Stadt Weimar zur Berücksichtigung erlassener Bescheide
4. Verwendung im Zusammenhang mit Compliance-, Regulierungs-, Audit- und Rechtsansprüchen (einschließlich der Offenlegung solcher Informationen im Zusammenhang mit Rechtsverfahren oder Rechtsstreitigkeiten) sowie andere ethische und Compliance-Berichtsansforderungen
5. Qualitätssicherung und Dokumentation unserer Leistungen
6. Korrespondenz mit der Betroffenen
7. Verwendung zur Durchsetzung, Verteidigung oder Geltendmachung rechtlicher Ansprüche
8. Erfüllung der Anforderungen an Datensicherheit und Datenschutzkontrolle, darunter auch Verarbeitung von personenbezogenen Daten in Datensicherungen
9. Nachweisführung über die Einhaltung rechtlicher Anforderungen, darunter der datenschutzgesetzlichen Rechenschaftspflicht.

V Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Daten der betroffenen Person offengelegt werden.

1. Im erforderlichen Umfang werden personenbezogene Daten der betroffenen Personen übermittelt an Dritte
 - a. Stadt Weimar
 - b. externer Datenschutzbeauftragter.
2. Dem als Auftragsverarbeiter eingesetzten Dienstleister Kirchhoff Datensysteme Services GmbH & Co. KG sowie Microsoft Ireland Ltd. können personenbezogene Daten offengelegt werden.
3. Eine Offenlegung der persönlichen Daten und Dokumente der betroffenen Personen an Dritte zu anderen als den im Folgenden unter Ziff.IV genannten Zwecken findet nicht statt.

VI Dauer der Datenverarbeitung

1. Die Verarbeitung der oben unter Ziff.II genannten personenbezogenen Daten der betroffenen Person beruht überwiegend auf den Rechtsgrundlagen, die in Art.6 Abs.1 Satz 1, Unterabsatz 1, Buchstaben b) und c) DSGVO sowie in Art.9 Abs.2 Buchstabe b) DSGVO genannt sind. Danach ist die Verarbeitung personenbezogener Daten der betroffenen Personen durch die AWO gerechtfertigt, weil sie für die Erfüllung des oben genannten Betreuungsvertrags oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich ist, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgen (Art.6 Abs.1 Satz 1, Unterabsatz 1, Buchstabe b) DSGVO), und/oder weil sie zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der die AWO unterliegt (Art.6 Abs.1 Satz 1, Unterabsatz 1, Buchstabe c) DSGVO), und/oder weil es sich um sensitive Daten der betroffenen Person wie z.B. Gesundheitsdaten handelt, deren Verarbeitung erforderlich ist, damit die AWO oder die betroffenen Person die ihr zustehenden sozialrechtlichen Rechtsansprüche wahrnehmen bzw. die sozialrechtlichen Pflichten erfüllen können (Art.9 Abs.2 Buchstabe b) DSGVO).

Soweit die Verarbeitung der Daten der betroffenen Person auf diesen Rechtfertigungsgründen beruht, werden die Daten bis zum Ablauf der jeweils maßgeblichen

gesetzlichen Aufbewahrungspflichten, die die AWO beachten muss, verarbeitet und sodann unverzüglich gelöscht. Dokumente werden zu diesem Zeitpunkt unverzüglich einer ordnungsgemäßen Aktenvernichtung zugeführt.

2. Die AWO hat derzeit die folgenden, rechtlich vorgeschriebenen Aufbewahrungspflichten zu beachten:

a. Die Aufbewahrungspflicht, die die AWO aufgrund ertragssteuerrechtlicher Vorschriften beachten muss, beträgt derzeit gemäß [§ 147 Abs.1 Nr.1 und Nr.4, Abs.3 Satz 1, Abs.4 Satz 1 Abgabenordnung \(AO\)](#) acht Jahre. Die Frist beginnt mit dem Ablauf des Steuer- bzw. Kalenderjahres, in dem die letzte das Vertragsverhältnis betreffende Buchung vorgenommen oder eine Rechnung erstellt wird. Diese Aufbewahrungspflicht bezieht sich auf die oben unter Ziff. III genannten Daten und Dokumente nur insoweit, als diese für die Finanzbuchhaltung der AWO (Jahresabschlüsse, Bilanzen usw.) bzw. für die zu dieser Buchhaltung gehörenden Buchungen und finanziellen Vorgänge von Bedeutung sind. Dazu gehören auch Verrechnungsabreden, Gutschriften und Mahnschreiben, Informationen über und Dokumente betreffend Zahlungen sowie Schreiben im Zusammenhang mit einer etwaigen Titulierung von Forderungen sowie sonstige Schreiben mit Bezug auf finanzielle Aspekte des Betreuungs- und Mietverhältnisses, soweit diese Unterlagen zu den Büchern und Aufzeichnungen bzw. zu den Buchungsbelegen im Sinne von [§ 147 Abs.1 Nr.1 und Nr.4 AO](#) gehören.

b. Die Verarbeitung der oben unter Ziff. II genannten personenbezogenen Daten der betroffenen Person beruht darüber hinaus teilweise auch auf dem Rechtfertigungsgrund gemäß Art. 6 Abs.1 Unterabsatz 1 Buchstabe f) DSGVO, d.h. auf der Wahrung berechtigter Interessen der AWO.

Soweit dieser Rechtfertigungsgrund für die Datenverarbeitung eingreift, werden die Daten bis zum Ablauf der längsten möglichen Verjährungsfrist denkbarer, gegenüber der AWO möglicherweise behaupteter Ansprüche verarbeitet und sodann unverzüglich gelöscht. Diese Frist beträgt drei Kalenderjahre und entspricht der regelmäßigen gesetzlichen Verjährungsfrist. Die Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die Daten der betroffenen Person verarbeitet wurden. Mit Ablauf der regelmäßigen Verjährungsfrist verjähren Ansprüche aus dem Vertragsverhältnis gemäß [§ 195 Bürgerliches Gesetzbuch \(BGB\)](#) in Verb. mit [§ 199 Abs.1 BGB](#).

c. Dokumente sowie Papierakten werden nach Ablauf der o.g. Aufbewahrungsfristen unverzüglich einer ordnungsgemäßen Aktenvernichtung zugeführt, in elektronisch geführten Akten gespeicherte Daten werden unverzüglich gelöscht.

VII Informationen über Rechte der betroffenen Person auf Datenberichtigung oder Datenlöschung, auf Einschränkung der Datenverarbeitung und/oder auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung

1. Gemäß [Art.16 DSGVO](#) hat die betroffene Person das Recht, von der AWO eine unverzügliche Berichtigung sie betreffender personenbezogener Daten zu verlangen, soweit diese unrichtig sein sollten.

Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung hat die betroffene Person das Recht, die Vervollständigung sie betreffender personenbezogener Daten zu verlangen, soweit diese unvollständig sein sollten. Diese Vervollständigung kann auch mit Hilfe einer ergänzenden Erklärung geschehen.

2. Gemäß [Art.17 Abs.1 DSGVO](#) hat die betroffene Person das Recht, von der AWO zu verlangen, dass ihn / sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, wenn einer der folgenden Gründe zutrifft:

- a. Die personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
 - b. Die betroffene Person legt gemäß [Art.21 Abs.1 DSGVO](#) aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen persönlichen Situation ergeben, Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer Daten ein, zu der die AWO zwecks Wahrung eigener berechtigter Interessen gemäß [Art.6 Abs.1 Unterabsatz 1 Buchstabe f\) DSGVO](#) befugt ist, und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor.
 - c. Die personenbezogenen Daten der betroffenen Person wurden unrechtmäßig verarbeitet.
 - d. Die Löschung der personenbezogenen Daten der betroffenen Person ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
 - e. Das Recht der betroffenen Person, von der AWO gemäß [Art.17 Abs.1 DSGVO](#) die unverzügliche Löschung ihrer personenbezogenen Daten unter den oben genannten Voraussetzungen zu verlangen, besteht gemäß [Art.17 Abs.3 Buchstabe b\) DSGVO](#) nicht, wenn die (weitere) Verarbeitung der personenbezogenen Daten der betroffenen Person notwendig zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung ist, der die AWO nachkommen muss (siehe dazu oben unter Ziff.VI 1)).
3. Gemäß [Art.18 Abs.1 DSGVO](#) hat die betroffene Person das Recht, von der AWO die Einschränkung der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, wenn einer der folgenden Gründe zutrifft:
- a. Die betroffene Person bestreitet die Richtigkeit der von der AWO verarbeiteten personenbezogenen Daten für eine Dauer, die es der AWO ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen.
 - b. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten der betroffenen Person durch die AWO ist unrechtmäßig, die betroffene Person lehnt aber die Löschung der Daten ab und verlangt stattdessen die Einschränkung der Nutzung ihrer personenbezogenen Daten.
 - c. Die AWO benötigt die Daten der betroffenen Person für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger (siehe dazu oben unter Ziff. IV)), die betroffene Person benötigt sie aber zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
 - d. Die betroffene Person hat gemäß [Art.21 Abs.1 DSGVO](#) aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer Daten eingelegt, zu der die AWO zwecks Wahrung eigener berechtigter Interessen gemäß [Art.6 Abs.1 Unterabsatz 1 Buchstabe f\) DSGVO](#) befugt ist, und es steht noch nicht fest, ob die berechtigten Gründe der AWO gegenüber denen der betroffenen Person im Sinne von [Art.21 Abs.1 Satz 2 DSGVO](#) überwiegen.
4. Gemäß [Art.21 Abs.1 Satz 1 DSGVO](#) hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer Daten einzulegen, soweit die AWO zu der Datenverarbeitung zum Zwecke der Wahrung eigener berechtigter Interessen gemäß [Art.6 Abs.1 Unterabsatz 1 Buchstabe f\) DSGVO](#) befugt ist.

Gemäß [Art.21 Abs.1 Satz 2 DSGVO](#) verarbeitet die AWO die personenbezogenen Daten im Falle eines Widerspruchs nicht mehr, es sei denn, die AWO kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

IIX Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde

Gemäß [Art.77 Abs.1 DSGVO](#) hat die betroffenen Person (unabhängig von anderen verwaltungsrechtlichen und/oder gerichtlichen Rechtsbehelfen) das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres gewöhnlichen Aufenthaltsorts oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die betroffenen Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten durch die AWO gegen die DSGVO verstößt.

IX Information über die Herkunft von Daten, die nicht bei der betroffenen Person erhoben werden

Es wurden außerhalb des durch Ihre Einwilligung legitimierten Austausch mit der Stadt Weimar keine Daten durch Dritte erhoben.

X Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling

Bei der Durchführung des Vertragsverhältnisses verwendet die AWO keine Verfahren der automatisierten Entscheidungsfindung und/oder des Profilings.

XI Übermittlung in Drittländer

Es werden durch die AWO keine personenbezogenen Daten der betroffenen Person in Drittländer übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

AWO Regionalverband Mitte-West-Thüringen e. V.
im Auftrag

Herr Nitschke
Datenschutzbeauftragter